

## **Vorläufiges Ergebnis des**

**Aufrufes an die Politiker\*innen im Landkreis Konstanz vom Oktober 2020, darauf hinzuwirken, dass die Asyl- und Aufenthaltsgesetzgebung so geändert wird, dass gut integrierte Geflüchtete nicht weiter abgeschoben werden.**

Neben zahlreichen Privat- und auch Geschäftsleuten haben sich folgende Initiativen und Vereine dem Aufruf angeschlossen:

Sprecherrat des Landkreises Konstanz, Unser buntes Engen, inSi e.V. Singen, Freundeskreis Asyl Radolfzell, Cafe Mondial Konstanz, Save Me Konstanz, AWOLI Konstanz, Runder Tisch Konstanz, Internationales Forum Konstanz

Alle angeschriebenen Politiker\*innen haben mittlerweile geantwortet.

Die Antworten können im Originaltext beim Verfasser dieses Zwischenberichtes angefordert werden.

Hier die Antworten der Politiker\*innen in zusammengefasster Form:

### **Herr MdB Andreas Jung, Gespräch 4.12.20**

Herr Jung betont, das Asyl- und Einwanderungsrecht natürlich strikt zu trennen sind.

In der Folge sehr langer Asylverfahren sei es in vielen Fällen zu guter Integration gekommen.

Ein Spurwechsel sei durch das Ausbildungsduldungs- und Beschäftigungsduldungsgesetz eigentlich schon vollzogen, allerdings bedürfe es Nachbesserungen. Er arbeitet darauf hin, dass die Beschäftigungsduldung nicht erst dann beantragt werden kann, wenn der Antragsteller seine Duldung mindestens schon 12 Monate hat – dies verhindere bisher viele Beschäftigungsduldungen.

Die Hinweise, dass Ausbildungsduldungen bei Dublin-Verfahren nicht möglich seien und dass coronabedingt es für Geflüchtete zunehmend schwierig wäre,

die Voraussetzungen für Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsduldung zu erfüllen, verspricht er „mitzunehmen“.

### **Frau MdL Nese Erikli, Frau MdL Dorothea Wehinger, Email 02.12.20**

Beide betonen, dass die grüne Landtagsfraktion ganz klar die Haltung hat, dass gut integrierte Geflüchtete bleiben können. Über eine Bundesratsinitiative des Landes BW konnte erreicht werden, dass sich der Bundestag mit einer Nachbesserung des Beschäftigungsduldungsgesetzes befassen muss (Anrechnung von Aufenthaltszeiten während des Asylverfahrens auf die 12 Monate Duldungszeit).

Allerdings seien die Anforderungen des Beschäftigungsduldungsgesetzes für einen echten Spurwechsel trotzdem zu hoch. Die Grünen hätten im Bundestag schon 2018 einen Gesetzesentwurf zur Einführung eines Einwanderungsgesetzes gestellt – leider sei dann im Bundestag 2019 das härteste Asylgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen worden.

Auf Landesebene würden die Grünen gerne Bundesratsinitiativen zur Einführung von Landeskontingenten unterstützen, würden aber leider am Koalitionspartner scheitern.

Im Europaparlament hätten sich die Grünen schon 2016 für eine Alternative zum Dublin-System eingesetzt, leider vergeblich. Schon vorher gab es eine Initiative des Arbeitskreises Europa zur Entlastung der Hauptankunftsländer.

### **Herr MdL Jürgen Keck, Email 19.11.20**

Die FDP stehe für einen pragmatischen und lösungsorientierten Ansatz in der Migrationspolitik.

Das Recht auf Asyl sowie humanitäre Schutz sei zu achten und anzuerkennen, aber grundsätzlich zeitlich beschränkt. Seien die Voraussetzungen für Asyl nicht mehr gegeben, müssten die Betroffenen das Land wieder verlassen. Hier aber setze die Idee des Spurwechsels an:

Wenn jemand gut integriert sei und seit geraumer Zeit für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen könne, sollte er in Deutschland bleiben können.